

Klimabewegung: 500 Millionen für die Umwelt

Zwei Klimagruppierungen haben gestern gemeinsam eine Volksmotion für Massnahmen zugunsten der Umwelt eingereicht.

FREIBURG Am 22. April hatten die Freiburger Bewegungen Klimastreik und Grosseletern für das Klima gemeinsam mit dem Unterschriftensammeln für eine Volksmotion mit dem Titel «500 Millionen für Klima- und umweltfreundliche Massnahmen im Kanton Freiburg» begonnen. Gestern reichten sie das Begehren mit 781 Unterschriften im Sekretariat des Grossen Rats ein. Für eine Volksmotion sind 300 gültige Unterschriften nötig. Danach wird sie an den Staatsrat übermittelt, der fünf Monate Zeit hat, sich zu äussern. Schliesslich entscheidet der Grosse Rat, ob er sie für erheblich erklärt.

Gemäss dem Motionstext sind 500 Millionen Franken notwendig, um die Finanzierung von bereits beschlossenen oder vorgesehenen Massnahmen gegen den Klimawandel zu garantieren. Dies geschehe mittels des kantonalen Bauprogramms, des Energiefonds, der Strategie Nachhaltige Entwicklung, des Klimaplanes sowie der kantonalen Strategie Biodiversität.

Die Massnahmen würden die Entwicklung hin zu einer kantonalen Wirtschaft mit tiefen CO₂-Emissionen fördern, sind die Initiantinnen und Initianten der Volksmotion überzeugt. Sie ermögliche zudem gleichzeitig, die Freiburger Wirtschaft nach der durch das Coronavirus verursachten Krise zu unterstützen. **uh**

Personalverband: 573 Millionen für die Pensionskasse

Der VPOD hat gestern eine Volksmotion für eine stärkere Beteiligung des Kantons an der Pensionskasse eingereicht.

FREIBURG 689 Unterschriften haben die Verantwortlichen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) für eine Volksmotion zur Reform der staatlichen Pensionskasse gesammelt und das Begehren gestern beim Sekretariat des Grossen Rats eingereicht. Der Titel der Volksmotion verrät auch gleich die Forderungen der Gewerkschaft: «Pensionskasse des Staatspersonals – Die Verpflichtungen des Staatsrats müssen eingehalten werden, und der öffentliche Dienst muss gestärkt und nicht geschwächt werden».

Die Volksmotion geht davon aus, dass die maximal prognostizierten Renteneinbussen von 9,5 Prozent mit dem Entwurf des Staatsrats nicht eingehalten werden können. Im Fall eines Vorruhestands könnten sie gar 30 Prozent oder noch mehr betragen. Gerade die Covid-19-Krise lehre, dass der öffentliche Dienst gestärkt statt untergraben werden müsse, heisst es im Text.

Die Volksmotion verlangt deshalb einen Zusatzbetrag von 573 Millionen Franken als Wertschwankungsreserve, damit die voraussichtlichen Renteneinbussen nicht über 9,5 Prozent steigen. **uh**

Neustart unter besonderen Vorzeichen

Der Grosse Rat nimmt morgen erstmals nach Beginn der Corona-Krise den Ratsbetrieb wieder auf. Dazu war aber ein Umzug ins Forum Freiburg notwendig. Und vier Grossräte tagen im Homeoffice.

Urs Haenni

GRANGES-PACCOT Eigentlich dachten das Büro und das Generalsekretariat des Grossen Rats, sie hätten die Herausforderung bestanden, als Anfang Februar die erste Grossrats-Session im neuen Polizeigebäude Mad 3 stattfand. Das Rathaus in Freiburg steht dieses und nächstes Jahr wegen Renovations- und Umbauarbeiten für den Ratsbetrieb nicht zur Verfügung.

Doch bei dieser einen Session im Polizeigebäude blieb es vorerst. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Schutzvorschriften führten dazu, dass die März-Session abgesagt werden musste. Nun soll der Ratsbetrieb wieder aufgenommen werden, doch statt im Polizeigebäude hat das Kantonsparlament im Saal 4a des Forums Freiburg in Granges-Paccot Gastrecht. Dieser Saal ist gross genug, dass die Pulte der 110 Volksvertreter, der sieben Staatsräte, der Medien und einiger Besucher in einem Abstand von mindestens zwei Metern voneinander aufgestellt werden konnten.

«Wir können auf das gleiche Material zurückgreifen, das wir bereits für den Umzug ins Polizeigebäude verwendeten», sagte Grossratspräsidentin Kirthana Wickramasingam (SP) gestern an einer Medienorientierung. «Einzig die Kabel für die Mikrofone mussten verlängert werden.»

Anpassungen im Ablauf

Das Büro und das Generalsekretariat haben aber noch zusätzliche Massnahmen getroffen, damit die Schutz- und Hygienevorschriften eingehalten werden können. So werden Angehörige des Zivilschutzes dafür sorgen, dass beim Personenfluss die Abstände eingehalten werden. Statt der Pause am Morgen gibt es einen «Sitzungsunterbruch», und beim Einsammeln und Auswerten der Zettel bei Wahlen befolgen die Stimmentzähler besondere Vorschriften. «Das Kantonsarztamt hat unser Konzept gutgeheissen», sagte Wickramasingam.

Urs Haenni

GRANGES-PACCOT Dürfen Grossräte von zu Hause aus an Debatten teilnehmen und abstimmen, wenn sie wegen ihres Gesundheitszustands vor Ort durch eine Covid-Ansteckung gefährdet wären? Mit dieser Frage wird sich der Grosse Rat morgen zu Beginn der Mai-Session beschäftigen. Die Verordnung dazu sieht vor, dass sich gefährdete Grossräte eine Woche vor Sessionsbeginn für eine Teilnahme von zu Hause aus anmelden müssen. Das Büro wird für jede Session erneut geprüft, ob diese Rechte aufgrund einer Ansteckungsgefahr gewährt werden.

Überhaupt steht dieser erste Sessionstag nach fast vier Monaten im Zeichen der Corona-



Der grosse Saal im Forum ermöglicht das Einhalten des Mindestabstands.

Bild Urs Haenni

Eine besondere Herausforderung ist der Umgang mit Ratsmitgliedern, die wegen ihres Alters oder einer Vorerkrankung bei einer Ansteckung mit dem Coronavirus besonders gefährdet wären. Für sie ist nun eine elektronische Lösung ausgearbeitet worden, mit der sie von zu Hause aus an der Session teilnehmen können.

Abstimmen von zu Hause aus

Wie die Präsidentin sagte, würden vier Ratsmitglieder diese Möglichkeit nutzen: zwei aus der SVP- und zwei aus der Mitte-links-grün-Fraktion. Freiburg habe als einziges Schweizer Parlament eine solche Lösung eingerichtet, so Wickramasingam.

Gemäss dem Informatik-Verantwortlichen Christophe Dupasquier habe man sich für das System «Teams» entschieden. Für die Grossräte im Homeoffice wird die eigene Grossrats-Mail-Adresse verwendet. Dazu erfolgt eine doppelte Identifi-

zierung: per SMS und über eine visuelle Kontrolle auf den Bildschirmen der Stimmentzähler.

Auch abstimmen können die Grossräte von zu Hause aus mit Online-Formularen, so Dupasquier. Das Abstimmungsprogramm wurde so ergänzt, dass die Voten aus dem Homeoffice, eventuell mit einer kleinen Verzögerung, dazugezählt werden. Einzig bei einer Wortmeldung ist die Lösung etwas improvisiert: Die Ratspräsidentin muss ihr Mikrofon an den Bildschirm halten.

Die neue Lösung im Forum wird den Ratsbetrieb nur unwesentlich verteuern. Das Material ist grösstenteils durch das Budget für den Rathausumbau gedeckt, und als Miete im Forum bezahlt der Grosse Rat pro Session 17 000 Franken. Die nun gewählte Lösung soll auch nicht bloss für eine Session dienen. Auch die Juni-Session und die Nachhol-Session im August sind im Forum Freiburg vorgesehen.

Session

Grossrat Ueli Johner vertritt seine Wähler von zu Hause aus

+ Nein, eine Krawatte werde er an dieser Session wohl nicht tragen, aber auch keinen Trainingsanzug. Immerhin sehe man ihn ja im Forum. Dies sagte der Kerzener SVP-Grossrat Ueli Johner-Etter, der aufgrund der Corona-Pandemie beschlossen hat, online an der Session teilzunehmen, um sowohl sich als auch seine Frau zu schützen.

Gestern hatten Johner und die anderen Grossräte im Homeoffice eine Hauptprobe mit dem Informatikverantwortlichen. Auch die Grossratspräsidentin und ein Stimmentzähler machten dabei mit. «Es macht mich etwas stolz, dass ich «z Cheer chume». Es hat recht gut geklappt», so Johner. Das An-

melden, Abstimmen und auch das Verlangen des Worts mit der Meldung «parole» klappte gut. Einzig das Wählen, wo er einen Namen hätte eintippen sollen, funktionierte nicht. «Wenn aber nur das Wählen nicht klappt, ist es auch nicht tragisch», so Johner.

Er hatte letzte Woche eine Einzelschulung, deren Resultat noch ernüchternd war, aber nach einem Treffen mit dem Verantwortlichen am Wochenende fühlt er sich nun bereit.

Etwas hat Johner selber herausgefunden: «Die Internetverbindung im Büro ist nicht so gut. Deshalb werde ich in der Stube sein, oder ich gehe bei schönem Wetter vielleicht auf den Balkon.» **uh**

Das Parlament äussert sich erstmals zu Corona

Wenn der Grosse Rat morgen nach fast vier Monaten Unterbruch seinen Betrieb wieder aufnimmt, wird er erst einmal die Zeit der Pandemie aufarbeiten. Er wird sich aber auch mit der Fischzucht Estavayer und dem SICHH auseinandersetzen.

Urs Haenni

GRANGES-PACCOT Dürfen Grossräte von zu Hause aus an Debatten teilnehmen und abstimmen, wenn sie wegen ihres Gesundheitszustands vor Ort durch eine Covid-Ansteckung gefährdet wären? Mit dieser Frage wird sich der Grosse Rat morgen zu Beginn der Mai-Session beschäftigen. Die Verordnung dazu sieht vor, dass sich gefährdete Grossräte eine Woche vor Sessionsbeginn für eine Teilnahme von zu Hause aus anmelden müssen. Das Büro wird für jede Session erneut geprüft, ob diese Rechte aufgrund einer Ansteckungsgefahr gewährt werden.

Überhaupt steht dieser erste Sessionstag nach fast vier Monaten im Zeichen der Corona-

Krise. In dieser Zeit sind von Mitgliedern des Kantonsparlaments diverse Vorstösse im Zusammenhang mit der Krise eingegangen, so über die Mehrwertabgabe, ausserordentliche Rückstellungen, die Obergrenze für Kurzarbeitsentschädigung, Direkthilfe für Unternehmen und Selbstständige, Massnahmen für Gesundheitspraxen und Subventionen an Jugend und Sport. Morgen Mittwoch geht es um beschleunigte Verfahren dazu. Vorher werden die Staatsräte Anne-Claude Demierre (SP) und Maurice Ropraz (FDP) sowie die Fraktionschefs ihre Sicht der Krise darlegen.

PUK und Audit

Mit 71 gegen 25 Stimmen hatte der Grosse Rat im Februar

der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Fischzuchtanlage in Estavayer zugestimmt. Diese soll die Umstände und Verantwortlichkeiten rund um die Schliessung der Anlage klären. Am Donnerstag steht ein Dekret zur Einsetzung dieser PUK auf dem Programm. Die Kommission mit 11 Mitgliedern wird eingesetzt, und diese bestimmen dann unter sich, wer sie präsidiert.

Am Freitag wird das Kantonsparlament auch über einen Auftrag debattieren, bei dem es um ein externes Audit zum Swiss Integrative Center for Human Health (SICHH) geht. Im Dezember hatte der Grosse Rat eine Finanzhilfe über 2,5 Millionen Franken für das SICHH gewährt. Weitere bean-

tragte 7,5 Millionen Franken bewilligt er aber nur, wenn das Zentrum vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation den Titel eines nationalen Technologiekompetenzentrums und damit Bundessubventionen erhält.

In Anbetracht der dabei manifestierten Skepsis verlangten Grossräte von links bis rechts, dass Fragen in einem Audit analysiert und beantwortet werden. Der Staatsrat empfiehlte diesen Auftrag zur Annahme. Wie er schreibt, befürworte auch der Verwaltungsrat des SICHH das Audit.

Kredite über fast 50 Millionen

Im Verlauf der Session ist das Parlament zudem aufgerufen, verschiedene Kredite zu sprechen. So geht es am Donnerstag

um einen Verpflichtungskredit über 27,6 Millionen für die erste Etappe der Strafvollzugsplanung mit einer Erweiterung des Pavillons, dem Bau von Werkstätten, einem Gesundheitszentrum und der Anpassung des Zellenttrakts. Anschliessend stimmt der Grosse Rat über den Studienkredit zur zweiten Etappe ab: die Verlegung des Zentralgefängnisses nach Bellechasse.

Zwei Kredite stehen am Freitag auf dem Programm. Zuerst geht es um einen Studienkredit von 5,6 Millionen Franken für Umzug und Neubau des Naturhistorischen Museums. Anschliessend wird über einen Verpflichtungskredit von 10 Millionen Franken für die Kälteversorgung der Hochschulen auf der Péroilles-Ebene beraten.